

Parlamentssitzung 11. Februar 2008

Traktandum 14

0726 Interpellation (jfk)

"Politische Bildung an Könizer Schulen"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Politisches Verständnis und Staatskunde sind wichtige Grundvoraussetzungen für ein Funktionieren der Demokratie. Schweizweit und in Bern auch auf kantonaler Ebene laufen Bestrebungen, vermehrt Politik in die Schulen zu tragen.

Die Interpellanten sind sich bewusst, dass im Bildungswesen vieles auf kantonaler Ebene geregelt ist. Dennoch bitten wir den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

- Wird an Könizer Schulen politisches Wissen vermittelt?
Wenn ja, wie häufig, in welchem/n Schuljahr/en und auf welche Weise?
- Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass die gemäss Lehrplan vorgegebenen Lerninhalte vollumfänglich unterrichtet und vermittelt werden?
- Können Politikerinnen und Politiker von den Schulen z. B. zu Gesprächen oder Vorträgen eingeladen werden? Müssen dazu bestimmte Kriterien erfüllt sein?
- Sind aus Sicht des Gemeinderates Massnahmen notwendig um die politische Bildung an Könizer Schulen zu verbessern? Ja oder Nein und mit welcher Begründung?
- Welchen Handlungsspielraum im Rahmen der politischen Bildung besitzt die Gemeinde Köniz im Rahmen des grösstenteils vom Kanton geregelten Schulsystems?
- Wird heute mehr oder weniger Unterrichtszeit für das Thema Staatskunde zur Verfügung gestellt als vor 10 Jahren?

Eingereicht

12. November 2007

Unterschrieben von 33 Parlamentsmitgliedern

Bernhard Bichsel, Daniel Oester, Peter Antenen, Hanspeter Kohler, Evelyn Bühler, Christian Balz, Brigitta Matter, Hugo Staub, Rita Sidler, Christian Roth, Markus Stähli, Christian Burren, Niklaus Hofer, Stefan Lehmann, Hans Moser, Anna Mäder, Christoph Salzmann, Hansueli Pestalozzi, Liz Fischli, Heinz Engi, Daniel Krebs, Ueli Salvisberg, Hermann Gysel, Rolf Zwahlen, Elisabeth Troxler, Alfred Arm, Annemarie Berlinger, Stephanie Staub, Urs Maibach, Ursula Wyss, Elisabeth Rüeeggesser, Martin Graber, Ignaz Caminada

Antwort des Gemeinderates

Zur 1. Frage:

In den Könizer Schulen wird politisches Wissen gemäss Lehrplan des Kantons Bern unterrichtet. Die beiliegende Umsetzungshilfe legt dar, in welchem Schuljahr welche Themen vermittelt werden. Sie zeigt auch auf, dass "politisches Wissen" weit über Staatskundeunterricht hinaus geht.

Zur 2. Frage:

Dem Gemeinderat liegen keine Daten vor, um diese Frage objektiv zu beantworten. Die pädagogische Verantwortung für den Unterricht liegt bei den Schulleitungen und dem kantonalen Schulinspektor. Wenn jedoch die Stimmbeteiligung als Massstab genommen wird, liegt die Vermutung nahe, dass im Volksschulunterricht mehr für die Vermittlung von politischem Wissen getan werden müsste. Vorstösse im Grossen Rat des Kantons Bern haben sich mit diesem Thema befasst. Die Erziehungsdirektion hat im Mai 2007 allen Schulen einen Ordner "Politik und Demokratie – Leben und Lernen" gratis zustellen lassen.

Zur 3. Frage:

Die Direktion Bildung und Soziales steht in dieser Frage in Kontakt zum Jugendparlament (JU-PA) von Köniz. Ein entsprechender Vorschlag wurde von diesem mit grosser Zurückhaltung aufgenommen. Es wurde die Vermutung geäussert, Besuche von Politikerinnen und Politikern wären zu sehr parteipolitisch gefärbt.

Zur 4. Frage:

Der Gemeinderat erachtet Massnahmen als notwendig und begrüsst die Schritte der Erziehungsdirektion. Die Begründung ist unter Ziff. 2 aufgeführt.

Zur 5. Frage:

Die Gemeinde kann unterstützend wirken. An der diesjährigen Schulleitungstagung in Kandersteg vom 29. und 30. Oktober 2007 war die "Politische Bildung" ein Schwerpunktthema. Unter dem Titel "Unterrichtsentwicklung als Schulleitungsaufgabe am Beispiel Politische Bildung/Staatskunde" wurde die Sicht der Jugendlichen von Christine Bühler und Stephanie Zwahlen vom JUPA vertreten. Bruno Bachmann, Mitautor des Ordners "Politik und Demokratie - Leben und Lernen" hielt dazu ein Referat. Er gab folgende Rückmeldung: "Ich habe den Rahmen des gestrigen Nachmittags als sehr gut und stimmig empfunden. Für mich war es natürlich toll, auf die Anliegen und Vorgaben der Referentinnen des JUPA abstützen zu können. Sie haben sehr deutlich aufgezeigt, warum politische Bildung in der Schule verstärkt aufgenommen werden muss. Auch ich habe viel Goodwill, Interesse und Engagement bei den Schulleitungen gespürt."

Zur 6. Frage:

Die Unterrichtszeit ist gleich. Der gültige Lehrplan 1995 ist seit 1. August 1996 in Kraft.

Köniz, 19. Dezember 2007

Der Gemeinderat

Beilage

- Politische Bildung; Eine Umsetzungshilfe zum Lehrplan für die Volksschule des Kantons Bern 1995, Schulverlag bmv AG, Bern, 2006, Art.-Nr. 7.824.00 (Papier-Version)